

## Euro und EU am Abgrund, Teil 3

### Die Euro - Union, ein historisch einzigartiges Fehlkonzept

Von Hermann Patzak

Die Idee einer gemeinsamen Währung für die Länder Zentraleuropas – später ganz Europas – kam aus der Politik. In Deutschland machte man den Menschen das Projekt schmackhaft mit Parolen wie: „Der Euro sei ein Friedensprojekt für Europa“, als wenn es vor der Einführung des Euro in Europa keinen Frieden gegeben hätte. Und so übernahm der Euro die Propaganda-Lüge, die zuvor die Nato für sich beansprucht hatte. Theo Waigel, der ehemalige Deutsche Finanzminister posaunt noch heute: „*Eine gemeinsame europäische Währung lag und liegt im nationalen Interesse Deutschlands: Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wird nicht ständig durch Abwertungen in anderen Ländern untergraben*“.<sup>1</sup> Welche ökonomischen Folgen der Euro für die Nationen und ihre Volkswirtschaften hat, wird den Menschen – und auch so manchem blauäugigen Ökonomie-Experten – jetzt erst nach und nach klar. Auch die Deutschen, das einfache Volk, sieht die Dinge heute weit kritischer als noch vor zehn Jahren.

Damals brauchte die Politik Wirtschafts- und Rechtsexperten, die eine Konzeption zur Realisierung der vagen Vorstellungen von einem Europa ohne nationale Grenzen entwerfen sollten. Der Willfährigen fanden sich genug! Die politischen Urheber und Promotoren und ihre Helfer wurden von der arroganten Selbstgewißheit getragen, daß eine gemeinsame Währung für alle nur Vorteile haben könne. Das Projekt war in ihren Augen eine „Win - Win Situation“, wie die Berufspolitiker aller Parteien heute zu sagen pflegen. Zu ihr gibt es bekanntlich keine Alternativen. Den Menschen wurde dies mit allen Mitteln der politischen Propaganda eingebleut. Für eine abwägende Sachargumentation war da kein Platz mehr. Nur wenige Außenseiter<sup>2</sup> wagten es, auf die Probleme und Gefahren dieser „Euro – Vision“ hinzuweisen. Sie manövrierten sich damit ins gesellschaftliche Abseits der besserwisserischen Querulanten, die man mitleidig belächelte. Dort harren sie heute noch und träumen von der nächsten Klage gegen den Euro vor dem Bundesverfassungsgericht. Das hat in der Vergangenheit zwar immer wieder manche Ungereimtheit aufgedeckt, die mit der Verfassung nicht vereinbar ist. Es hat aber auch immer wieder die Wege aufgezeigt, was die Exekutive zu tun hat, um dann auch den Segen der Verfassungsrichter zu finden.

Heute zeigt sich, daß die Euro-Kritiker nur allzu Recht hatten. doch die machthabenden politischen Entscheidungsträger wollen nicht einmal heute zur Kenntnis nehmen, daß sie mit ihrem Euro – Modell gescheitert sind. Sie wußten es von Anfang an besser und bevormundeten ihre Völker, die entweder gar nicht gefragt wurden oder so lange abstimmen mußten, bis sie zu allem Ja und Amen sagten. Das findet Kanzlerin Merkel ganz in Ordnung. Schließlich lebten wir ja in einer repräsentativen Demokratie, in der die Politiker das Volk in den entscheidenden Dingen kraft besserer Einsicht zu seinem Glück zwingen müsse.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.03.2010 Seite 8.

<sup>2</sup> Genannt seien Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty.

<sup>3</sup> Wörtlich: „Die großen politischen Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland – sie nannte unter anderen die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Ost-Verträge, den Nato - Doppelbeschluß und die

## Die ökonomische Konzeption des Euro

Die gemeinsame Euro – Währung für Staaten, die ihre Souveränität behalten sollten, hatte von Anfang eine Schwach- und Sollbruchstelle. Die wichtigste: Wie sollen denn souveräne Staaten ihre wirtschaftspolitischen Pflichtaufgaben erfüllen, wenn sie ihre Währungshoheit an eine supranationale Einrichtung, hier also die EZB, abgeben? Daß das nicht geht, werden die weiteren Ausführungen beweisen.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik zählen heute die Gewährleistung von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum. Beides sind die Garantien, um im Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften nicht zurückzufallen. Die wichtigsten Instrumente zur Verwirklichung dieser volkswirtschaftlichen Ziele sind die Fiskalpolitik und die Geldpolitik<sup>4</sup>. Während die Fiskalpolitik versucht, durch Änderung von Staatsausgaben und Staatseinnahmen, insbesondere der Steuern, Konjunktur und Wachstum anzuregen, zu stabilisieren oder gegebenenfalls auch zu bremsen – um eine drohende Inflation abzuwenden – will die Geldpolitik über eine Steigerung oder Verringerung der Geldmenge und der Leitzinsen diese Ziele erreichen.

Das Problem war, daß mit der Einführung einer gemeinsamen Währung alle Euro-Staaten ihre Währungshoheit (Souveränität) freiwillig an eine gemeinsame Zentralbank (oder Notenbank), die EZB, abtreten mußten. Doch damit verbunden, für den Laien nicht erkennbar, war auch, daß die Staaten ihre Souveränität über die Fiskalpolitik verloren! Dies geschah durch die Festlegung der **Konvergenzkriterien**. Sie bestimmten, daß die Euro-Beitrittsländer bei ihrer Aufnahme in die Euro-Zone

die Inflationsrate von 3 Prozent und

die jährliche Nettoverschuldung von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und

die Summe der Staatsschulden von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten dürfe.

Mit diesen Festlegungen wollten die Gründer verhindern, daß sich einzelne Beitrittsstaaten unfaire Vorteile –was immer das Wort unfair dabei beinhalten kann – verschafften. Doch nach dem Beitritt in die Euro-Gemeinschaft wurde diese Verpflichtung beibehalten, nur hießen die Kriterien von da an **Stabilitätskriterien**.

Und das war das nächste Problem! Die **Stabilitätskriterien** bedeuteten nämlich, was den meisten Politakteuren nicht klar war und vielen heute noch nicht einmal klar ist, daß die Euro-Staaten damit **automatisch auch ihre fiskalpolitische Souveränität bei der EU ablieferten**. Das wiederum war aus Sicht der Konstrukteure der Euro-Union notwendig, denn die einzelnen Staaten durften nicht die Möglichkeit haben, mit ihrer Fiskalpolitik die für den gesamten Euro-Raum gleichgeschaltete Geldpolitik zu unterlaufen. Sonst wäre es z.B. jedem einzelnen Staat möglich gewesen, durch hohe schuldenfinanzierte Staatsausgaben die zentrale EZB-Stabilitätspolitik zu konterkarieren.

Die EU-Kommission wurde ermächtigt, gegen jeden Staat, der sich nicht an die Vorgaben hielt, Sanktionen auszusprechen. Damit glaubte man eine Harmonisierung der bisher heterogenen nationalen Volkswirtschaften zu einer großen Euro-Volkswirtschaft

---

Einführung des Euro – seien zunächst nicht von der demoskopisch ermittelten Mehrheit der Bevölkerung unterstützt worden“; (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.03.2010 Seite 2).

<sup>4</sup> Der Vollständigkeit halber erwähnt seien noch die Einkommenspolitik (Einflußnahme auf die Lohnbildung, wie sie Wirtschaftsminister Karl Schiller mit der sogenannten Konzierten Aktion geprägt hat) und die Devisen- und Zollpolitik (die in der Globalen Weltwirtschaft ihre Bedeutung verloren hat).

herbeiführen zu können. Aber man hatte damit auch die Handlungsfähigkeit der Euro-Mitgliedsländer amputiert. Das zeigte sich ganz offen nach dem Ausbruch der großen Finanz- und Wirtschaftskrise im Sommer 2007: Sowohl die in der Finanzkrise notwendig gewordenen Bankenrettungen zur Vermeidung des Systemzusammenbruchs, als auch die Konjunkturprogramme zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit zwang alle Volkswirtschaften zu einer Erhöhung der Staatsausgaben und damit der Staatsschulden. Von heute auf morgen erwies sich, daß die Stabilitätskriterien das Papier nicht wert waren, auf dem sie manifestiert wurden. In der Krise hieß es nur noch: „rette sich wer kann“ und an eine Bestrafung der „Defizitsünder“ mittels Sanktionen war überhaupt nicht zu denken. Im Falle Griechenlands zeigt es sich, daß ein Entzug von EU-Zuweisungen oder gar eine Verhängung von Strafgeldern die griechische Volkswirtschaft nur noch mehr in die Krise stürzen würde. Jetzt muß man den griechischen „Defizitsünder“ sogar noch mit zusätzlichen Mitteln stützen, um nicht mit ihm in den Abgrund gerissen zu werden.

Wie gefährlich die Situation für die EU- und die Euroländer ist, zeigt nachstehende Tabelle, in der die Schulden aus den Ländern Griechenland, Spanien und Portugal (von Staat, Privathaushalten und Unternehmen) bei den Banken in anderen EU-Ländern aufgezählt sind<sup>5</sup>:

<u>Banken in</u>	<u>Mrd. Euro</u>
Deutschland	245
Frankreich	227
England	117
Niederlande	104
<u>And Euro-Länder</u>	<u>230</u>
Summe	924

Allein die Schulden dieser drei Länder summieren sich bei den Banken in den übrigen EU-Ländern auf einen Wert von 924 Mrd. Euro. Die Banken, die erst vor kurzem in allen Ländern Europas durch staatliche Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe gerettet werden mußten, müßten dann nochmals in einer vergleichbaren Größenordnung vor dem Kollaps bewahrt werden, wenn diese Schuldner zahlungsunfähig werden. Dann müßten sich die Euro-Staaten nochmals verschulden und wieder müßten die Steuerzahler in den anderen EU-Ländern am Ende die Last tragen, um ihre Banken zu retten.

Somit ist eines klar: Wenn Griechenland jetzt zu Fall kommen sollte, würde es die übrigen EU-Länder mitreißen. Deswegen muß der Bankrott des Landes unter allen Umständen verhindert werden. Nicht Sanktionen gegen Griechenland, sondern Hilfen für Griechenland sind heute angesagt. Deswegen windet sich Kanzlerin Merkel in ihren Aussagen, ob und wie den Griechen geholfen wird. Am Ende wird geholfen, egal ob mit oder ohne IWF. Den Hauptteil der Last werden wieder die Deutschen zu tragen haben. Ihnen wird eines in Erinnerung bleiben – dafür sorgen schon die Massenmedien – daß Angela Merkel großen Einsatz gezeigt hat, die deutschen Interessen zu wahren. Aber um noch Schlimmeres von Deutschland abzuwenden, muß man halt etwas tiefer in die Tasche greifen. Wieder einmal!

Doch damit ist das Ende der desaströsen Entwicklung noch nicht erreicht: Auch die anderen PIIGS – Länder sind gefährdet. Jedes andere Land, das gegen die genannten Stabilitätskriterien verstoßen hat, kann de facto genau so wenig belangt oder bestraft werden wie Griechenland! Man wird also jedem anderen EU-Land in gleicher Weise

---

<sup>5</sup> Zahlen aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.02.2010 Seite 13.

helfen müssen, wenn das „Projekt EU und Euro“ nicht zerbrechen soll. Wer heute Griechenland rettet, wird auch dem nächsten Wackelkandidaten beispringen müssen. Dafür sorgen in jedem Fall die Spekulanten, deren Geschäftsmodell von den alten Mächten des Internationalen Kapitals, in denen sie beheimatet sind, also USA und England, mit Haken und Ösen auf den großen internationalen Konferenzen verteidigt wird.

### **Die ökonomische Kernidee einer „Euro-Union“ aus souveränen Ländern ist faul**

Daraus ergibt sich eine klare Erkenntnis: Es können keine weitsichtigen Köpfe gewesen sein, die ein Konzept erdachten, das Sanktionen vorsieht, die im Ernstfall dann nicht ausgesprochen werden können, weil sie den angerichteten Schaden nur noch vergrößern würden. Doch das ist noch gar nicht das Schlimmste. Die **ökonomische Kernidee**, die der EU und der Euro – Union zugrunde liegt, **hat sich offensichtlich als faul erwiesen**.

Diese ökonomische **Kernidee** – unabhängig von den politischen Motiven zur Bildung der EU und der Eurogemeinschaft in ihrer jetzigen Form – bestand in der Vorstellung, **daß eine gemeinsame Währung die heterogenen europäischen Volkswirtschaften zu einer homogenen Gemeinschaft verschmelzen werde**. Dieses Experiment ist gescheitert, denn heute zeigt sich, daß das glatte Gegenteil eingetreten ist: Die Volkswirtschaften, die zusammenwachsen sollten, **driften wegen der gemeinsamen Währung** noch weiter **auseinander**. Die **liberale Ideologie**, die behauptet, daß der Staat sich aus dem Wirtschaftsleben heraushalten und die Entwicklung den freien Märkten überlassen müsse, **hat die geistigen Urheber der einheitlichen Währungsunion** für die europäischen Länder **im Stich gelassen**. Im Gegenteil, der freie Lauf der Marktkräfte – nachdem die Fiskalpolitik durch den Trick mit den Stabilitätskriterien ausgeschaltet war – hatte zur Folge, daß die Produktivitätsunterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften noch größer wurden.

Die französische Finanzministerin, Christine Lagarde, brachte dies ungewollt an den Tag, als sie am 15. März 2010 die Deutsche Regierung aufforderte, ihre Wirtschaftspolitik<sup>6</sup> zu ändern. Dies ist das „althergebrachte Anliegen“ der französischen Politik, das unter dem französischen Finanzminister Balladur<sup>7</sup> den Anstoß zur gemeinsamen Europäischen Währung gab, deren eigentliches Ziel die Einhegung der deutschen Wirtschaftskraft war. Jetzt haben wir also die gemeinsame Euro-Währung, doch das hat die Situation der notorischen Defizit-Länder Südeuropas und Frankreichs nicht geändert.

Der Euro hat die einen Volkswirtschaften angespornt, ihre Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern (Deutschland, Finnland z.B.), während die anderen (Griechenland, Spanien, Portugal z.B.) den Euro zum Anlaß nahmen, im gewohnten Schlendrian fortzufahren. Die Produktivitätssteigerung der letzten Jahre kommt sehr gut in der Veränderung der Lohnstückkosten zum Ausdruck, obwohl natürlich noch eine Reihe anderer Einflußgrößen, wie die Qualität des Faktors Arbeit (Qualität der Bildung und Berufsbildung), die Entwicklung und Realisierung des technischen Fortschrittes, die Infrastruktur eines Landes oder die Organisationsleistung in den Unternehmen eine bedeutende Rolle spielen. Wie sich die Lohnstückkosten in den Jahren 2000 – 2008 in den bedeutenden EU-Ländern entwickelt haben, zeigt die nachstehende Tabelle<sup>8</sup>:

---

<sup>6</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.03.2010 Seite 1.

<sup>7</sup> Siehe diese Artikelserie: „Euro und EU am Abgrund, Teil 2“ in der Weltnetzseite [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)

<sup>8</sup> Zahlen aus „Der Spiegel 2010, Nr. 12, Seite 20.

Lohnstückkosten 2000 - 2008	
Land	in Prozent
Deutschland	2,7
Niederlande	19,5
Griechenland	26,2
Italien	26,4
Spanien	29,6
Großbritannien	21,9
Frankreich	17,8
EU - 27	18,8
Eurozone	16,5

Wie leicht zu erkennen, sind die Lohnstückkosten in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2008 weit weniger angestiegen als in den anderen EU-Ländern. Auch die übrigen Einflußfaktoren dürften in Deutschland die Produktivität positiv beeinflusst haben, so daß es ganz normal ist, daß die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den anderen EU-Ländern zugenommen hat. Diese wiederum zeigt sich deutlich in der Entwicklung der Außenhandelsbilanzen<sup>9</sup>:

Irland	13,1	Belgien	-1,6
Niederlande	7,4	Slowakei	-1,7
Deutschland	7,3	Frankreich	-2,7
Finnland	3,2	Spanien	-7,9
Österreich	0,1	Luxemburg	-10,4
Italien	0	Portugal	-12,1
		Griechenland	-16,6
		Malta	-20,5
		Zypern	-32,7

Die linke Tabelle zeigt die EU-Länder mit positiver, die rechte Tabelle jene mit negativer Handelsbilanz. Die Überschüsse bzw. Defizite wurden in den Tabellen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausgedrückt. Saldiert man die Handelsbilanzüberschüsse mit den Defiziten dann ergibt sich ein positiver Saldo von + 0,4, was erklärt, warum der Außenwert des Euro im Vergleich zu US-Dollar und englischem Pfund angestiegen ist. Beide Länder leiden bekanntlich ebenfalls seit Jahrzehnten an chronischen Handelsbilanzdefiziten.

Der kontinuierliche Anstieg des Euro wurde im Frühjahr 2010 jäh von der Spekulationswelle gegen den Euro unterbrochen, nachdem die „Internationale der Spekulanten“ erkannt hatte, welche Probleme auf den Euro infolge der hohen Staatsverschuldung Griechenlands und der anderen PIIGS – Staaten zukommen würden. Seitdem der Urvater der Devisenspekulation, „Georges Soros“, 1992 vorgemacht hatte, wie man mit den Techniken der heutigen Spekulation sogar Währungen von der Größe des Englischen Pfund in die Knie zwingen kann, weiß diese Sorte von Kapitalhaien nur allzu gut, wie man mit dieser (erlaubten!) Art von Geschäften riesige Wettgewinne erzielen kann.

Doch kommen wir zurück zu den Handelsbilanzen und den Erkenntnissen, die man aus ihnen gewinnen kann. Wie man sieht, beträgt die Summe der Importe Griechenlands rund ein Sechstel des Wertes ihres gesamten im Inland erstellten Bruttoinlandsproduktes. Das heißt, eigentlich müßten die Griechen rund ein Sechstel mehr Güter und Leistungen

<sup>9</sup> Zahlen aus: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16.03.2010 Seite 13.

selbst erstellen, um sich den Lebensstandard leisten zu können, den sie jetzt aufgrund zusätzlicher Importe haben.

Aus dieser Tatsache ergeben sich zwei Fragen.

1. Wie kann es sich ein Land leisten, mehr zu konsumieren als seine Volkswirtschaft an Gütern und Leistungen erstellt.
2. Warum leben Volkswirtschaften über ihre Verhältnisse?

Beginnen wir mit der zweiten Frage. In demokratischen Staaten stellt sich regelmäßig zu den Wahlterminen die Machtfrage. Ganz gleich, von welchen Parteien die Regierungen in diesen Ländern gestellt werden, sie wollen alle das Gleiche: die Macht im Staat! Und deshalb versprechen sie ihren Wählern materielle Vorteile – Wohlstandsmehrungen. Schon kurzfristige Erfolge genügen da. Das ist in Griechenland nicht anders wie in Deutschland, England oder den USA. Die Wahlsieger stehen dann vor der Aufgabe, wie sie ihren Wählern mehr Güter zur Verfügung stellen können, als in der Volkswirtschaft selbst erstellt werden. Das gelingt ganz einfach, indem diese Volkswirtschaft die zusätzlichen Güter und Leistungen importiert. Also müssen die Importe größer als die Exporte sein, wodurch allerdings dann ein Handelsbilanz-Defizit entsteht. Womit wir zu der zweiten Frage kommen.

Wie können denn die zusätzlichen Importe (Importüberschüsse) bezahlt werden? Das importierende Land muß mit seiner Währung bezahlen, wenn es keine fremden Devisen besitzt (oder diese bei länger andauernden Importüberschüssen irgendwann einmal verbraucht sind). In einer Weltwirtschaft mit flexiblen Wechselkursen wird der Geldwert (Devisenwert) des Importüberschußlandes sinken (es wird für den zwischenstaatlichen Handel nicht benötigt), wohingegen die Währung des Exportüberschußlandes an Wert steigen wird, denn die Importeure benötigen dieses Geld, um ihre Einkäufe bezahlen zu können. Daraus folgt, daß mit steigendem Devisenwert die Preise der Importgüter für das Importland immer teurer werden, weshalb die Nachfrage nach diesen Gütern automatisch nachlassen wird.

Diese Automatik infolge der Importgüterpreise fällt weg, wenn das importierende Land die gleiche Währung hat wie das exportierende Land. In der „Euro-Union“ ist dies der Fall. Wenn also Griechenland übermäßig viel importiert, verteuert sich der Import dadurch nicht mehr automatisch. Die griechischen Importeure müssen nur dafür Sorge tragen, daß sie immer ausreichend Euro zur Verfügung haben, mit denen sie die Importe zahlen können. Dafür hat die EZB seit Ausbruch der Weltfinanzkrise reichlich gesorgt. Sie hat den europäischen Banken – in allen Euroländern ohne Ausnahme – viel und billiges Geld zur Verfügung gestellt, um sie vor der Zahlungsunfähigkeit und dem Zusammenbruch zu bewahren. Hinzu kamen die erhöhten Staatsausgaben, die mittels Staatsschulden finanziert wurden, mit denen die Euro-Länder ihre Banken retten mußten und mit denen sie ihre Konjunkturprogramme bezahlten. Jedenfalls waren Euros reichlich vorhanden und jede europäische Bank war gerne bereit, dieses Geld auch den griechischen Banken oder Importeuren für einen geringfügig höheren Zinssatz (als im eigenen Land üblich) zu leihen. Insbesondere die französischen und die deutschen Banken haben auf diese Weise hohe Milliardenforderungen an die griechische Wirtschaft und an den Griechischen Staat vergeben, um deren Rückzahlung sie jetzt bangen müssen.

Kommen wir zurück zum Thema Wohlstandssteigerung ohne eigene Leistungsanstrengungen, aber durch zusätzliche Importe. Betrachten wir die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (je Kopf) in den wichtigen Euro-Ländern:

Jahr	2000	2008	Differenz
Deutschland	22.600	29.000	28%
Frankreich	22.000	27.100	23%
Griechenland	16.000	23.600	48%
Italien	22.300	25.500	14%
Spanien	18.500	25.700	39%
Portugal	14.900	19.000	28%
Irland	24.900	33.900	36%

Wir stellen fest: Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf ist in Griechenland rund doppelt so schnell gewachsen wie in Deutschland oder Frankreich. In Italien ist im gleichen Zeitraum das Pro-Kopf Einkommen wesentlich langsamer gestiegen. Das lag daran, daß Italien ernst machte, seine über Jahrzehnte währenden Handelsbilanzdefizite abzubauen und im Jahr 2008 sogar eine ausgeglichene Handelsbilanz erreichte.

Somit schließt sich auch die Beweiskette. Durch eine gemeinsame Währung für Länder, die ihre Souveränität behalten sollen – und darauf beharren sie eigentlich alle, die kleinen und großen Nationen Europas – werden die Ungleichgewichte an Exportüberschüssen einerseits und Importüberschüssen andererseits nicht abgebaut, wie das zwischen souveränen Volkswirtschaften mit eigener Währung der Fall wäre. Im Gegenteil, die für alle Länder zuständige EZB stellt den Importüberschußländern mit ihrer Geldvermehrung genau so zusätzliche Gelder zur Verfügung, wie das die einzelnen EU-Staaten mit ihren schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen tun. Sanktionen wegen der Verletzung der Stabilitätskriterien können nicht ausgesprochen werden. Im Prinzip hätte ja auch die EZB die Geldmenge nicht erhöhen dürfen, denn sie provoziert damit auch eine allgemeine Verletzung des Kriteriums, daß die Preissteigerung im Euro-Raum drei Prozent nicht übersteigen dürfe.

Man kann es drehen und wenden wie man will. Das Euro-Konzept war durch und durch faul, es konnte nicht funktionieren. Wer es heute noch verteidigt, ist entweder böseartig oder schlichtweg dumm oder beides.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 02.04.2010

Lesen Sie im nächsten Teil dieser Artikelserie „EU und Euro am Abgrund“ wie Theo Waigel, der ehemalige deutsche Finanzminister (CSU) versucht, die Euro-Einführung in seiner Amtszeit zu rechtfertigen und sie für heute und alle Zukunft gut heißt.